

Antrag

Hannover, den 19.01.2021

Fraktion der FDP

Höfesterben stoppen. Schärfere Auflagen und Niedrigpreise gefährden Existenzen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung wünscht sich eine bäuerlich strukturierte Landwirtschaft und regional produzierte Lebensmittel ohne lange Transportwege. Das moderne Leitbild ist eine nachhaltige und umweltschonende Landwirtschaft, bei der das Tierwohl Priorität hat und die auch für nachfolgende Generationen noch attraktiv ist. Um dieses Leitbild zu erfüllen, brauchen die Landwirte aber faire Wettbewerbsbedingungen und Planungssicherheit, damit sie sich wirtschaftlich erfolgreich weiterentwickeln und den zusätzlichen Anforderungen gerecht werden können.

Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Gewässerschutz und der Klimaschutz ganz allgemein genießen in unserer Gesellschaft einen höheren Stellenwert als in vielen anderen Teilen der Welt. Für unsere Landwirte bedeuten diese Ziele aber Aufwand und Kosten, die vielfach nicht entlohnt werden. Auf der anderen Seite sind die Landwirte marktbeherrschenden Strukturen beim Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ausgesetzt, was zu nicht auskömmlichen Erlösen führt. Diese Gesamtsituation ist durch politische Entscheidungen herbeigeführt worden. Diese Rahmenbedingungen müssen dringend korrigiert werden, um unserer niedersächsischen Landwirtschaft nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Politische Maßnahmen der letzten Jahre wie etwa das Klimapaket und die Düngeverordnung entziehen etlichen Betrieben die wirtschaftliche Basis, und der Strukturbruch im ländlichen Raum wird befeuert. Ständig neue Beschlüsse und Verschärfungen, die oft keine wissenschaftliche Basis haben, zwingen die Betriebsinhaber zu umfangreichen Investitionen, beispielsweise in die Verbesserung des Tierwohls, von denen aber keiner weiß, inwiefern diese auch in den nächsten zehn Jahren noch das Maß der Dinge sein werden.

Bei Ausweisung der „Roten Gebiete“ wurde die versprochene verursacherorientierte Bewertung der Grundwasserqualität in Niedersachsen nicht umgesetzt, sondern „das ziemliche Gegenteil dieses Versprechens“, wie Prof. Henning Kage feststellt. Die Ausweisung vieler neuer „Roter Gebiete“ bei der letzten Überarbeitung habe „in den meisten Fällen wenig mit hohen Nitratwerten der über 1 000 Messstellen im Lande zu tun“, sondern sei das Ergebnis einer Modellierung, die aber nicht in der Lage sei, lokale Verhältnisse abzubilden, so wie es gefordert sei. Hier muss ein realistisches Verfahren zur Anwendung kommen, wie es in anderen Bundesländern praktiziert wird. „Nur ein ausreichend genaues Modellierungsverfahren kann Grundlage einer so starken Einschränkung der Nutzungs- und Eigentumsrechte der Landwirte sein“, fordert auch die Wissenschaft.

Seit Oktober 2019 treibt es die Landwirte in Deutschland in regelmäßigen Abständen öffentlichkeitswirksam auf die Straße oder vor die Zentrallager großer Supermarktketten. All das machen sie, um auf ihre prekäre Lage hinzuweisen und ihren Befürchtungen über die Auswirkungen der aktuellen Landwirtschaftspolitik Ausdruck zu verleihen. Landwirte denken in Generationen und handeln aus der tiefen Überzeugung, die natürlichen Lebensgrundlagen und somit auch ihre wirtschaftlichen Grundlagen bestmöglich zu schonen. Bei fairer Entlohnung besteht eine große Bereitschaft, auch weitergehende gesellschaftliche Wünsche zu erfüllen. Zusätzliche kostentreibende Auflagen und Verbote ohne entsprechenden Ausgleich treiben aber unsere Betriebe in den wirtschaftlichen Ruin.

Durch die Entwicklungen der letzten Jahre im Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ist heute nur noch eine geringe Zahl an Lebensmitteleinzelhändlern in Deutschland tätig. Während es 1999 noch acht größere Lebensmitteleinzelhändler gab, bilden heute nur noch vier Konzerne eine Spitzengruppe bestehend aus EDEKA, REWE, der Schwarz Gruppe und Aldi mit 85 % des Lebensmitteleinzelhandels. Ein funktionierender Markt ist damit weitgehend ausgehebelt. Allein EDEKA vereint deutlich

mehr als ein Viertel aller Umsätze im deutschen LEH auf sich und ist auf vielen regionalen Absatzmärkten marktführend. Diese Dominanz wird auch vom Bundeskartellamt kritisch beurteilt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Landwirten durch nachhaltige wissenschaftlich abgesicherte Entscheidungen Planungssicherheit für zukünftige Entwicklungen und Investitionen zu geben,
2. die Grundwasserqualität in Niedersachsen nach objektiven Kriterien wissenschaftlich nachvollziehbar zu bewerten und die jetzigen großflächig ausgewiesenen „Roten Gebiete“ zu überprüfen. Sie sind nach einem fachlich anerkannten Verfahren, das die Realitäten objektiv abbildet, den wirklichen Verhältnissen anzupassen. Dabei ist eine verursacherorientierte Bewertung unter Einbeziehung des stark gesunkenen Stickstoffsaldos in Niedersachsen zu berücksichtigen.
3. die Umsetzung von Kooperationen mit der Landwirtschaft voranzutreiben mit angemessener Bezahlung im Umwelt-, Tier- oder Klimaschutz,
4. ordnungsrechtliche Zwangsmaßnahmen durch ein bundesweit geplantes Insektenschutzgesetz zurückzuweisen,
5. ausgewogene Wettbewerbsbedingungen für einen funktionierenden Markt zwischen LEH und Anbietern landwirtschaftlicher Erzeugnisse herzustellen. Die kartellrechtlich bedenkliche marktbeherrschende Stellung einzelner Konzerne muss beendet werden.
6. bei internationalen Handelsabkommen die Landwirtschaft gegen einen verzerrten Wettbewerb zu schützen.

Begründung

Nie waren Lebensmittel in Deutschland qualitativ wertvoller als sie es heutzutage sind. Die deutschen Landwirte produzieren unter höchsten Standards beste Lebensmittel. Die Mehrheit der Deutschen ist zufrieden mit der Qualität der in Deutschland hergestellten Lebensmittel. Dies trifft insbesondere auf regional produzierte und vermarktete Lebensmittel zu. Die Bevölkerung in Deutschland befasst sich zunehmend mit den von ihr verzehrten Lebensmitteln. Eine höhere Wertschätzung, die sich u. a. in einem höheren Preis widerspiegelt, und eine Agrarpolitik, die verlässliche Rahmenbedingungen schafft, wären die logischen Schlussfolgerungen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Während im Einzelhandel bereits die nächsten Preisschlachten geplant und seitens der Agrarpolitik u. a. mit der Düngeverordnung weitere Hürden aufgebaut werden, geht das Höfesterben auf dem Land in rasendem Tempo weiter. In den letzten zehn Jahren hat gut ein Drittel der Schweinehalter den Betrieb aufgegeben. Die Zahl der Sauenhalter hat sich in dem gleichen Zeitraum halbiert. Ähnlich ist es bei den Milchbauern. Betroffen sind besonders die Produktionszweige, in denen der ökonomische und politische Anpassungsdruck besonders stark ist. Bei den Sauenhaltern sind es beispielsweise die Beschlüsse zum Kastenstand und für mehr Tierwohl, die umfangreiche Neuinvestitionen verlangen, was viele Landwirte finanziell nicht stemmen können. Hinzu kommt die Sorge, dass beispielsweise die Standards von heute in fünf Jahren wieder überholt sind und erneut umfangreiche Investitionen von Nöten sind.

Im Oktober 2019 haben es einige Landwirte nicht mehr ertragen und sind zu weitestgehend friedlichen Protesten auf die Straße gegangen. Das geplante „Mercosur“ Freihandelsabkommen zwischen den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) und der EU und das sogenannte Agrarpaket der Bundesregierung waren in diesem Fall die Tropfen, die das Fass zum Überlaufen gebracht und die Landwirte in ganz Deutschland in Scharen mobilisiert haben, gegen die ungleichen Wettbewerbsbedingungen zu protestieren. Das Freihandelsabkommen, das insbesondere im Hinblick auf die Bilder des brennenden Regenwalds in Brasilien in heftige Kritik geraten war, sollte als umfangreichstes Handelsabkommen in die Geschichte eingehen. Mehrere internationale Bauernverbände sahen den Entwurf des Abkommens als inakzeptabel an, weil daraus unfaire Wettbewerbsbedingungen für europäische Landwirte resultieren würden. Der Deutsche Bauernverband warnte davor, dass ungleiche Anforderungen bei Umwelt- und Klimaschutz, beim Einsatz von Antibiotika und beim Pflanzenschutz sowie die fehlende ausreichende Absicherung des europäischen Marktes zu einer dramatischen Wettbewerbsverzerrung insbesondere bei Rindfleisch, Geflügel und Zucker führen würden.

Die Forderungen in diesem Agrarpaket beschäftigen sich u. a. mit dem Ausstieg aus der Glyphosatnutzung sowie einem Verbot von Herbiziden und bestimmten Insektiziden in Schutzgebieten ab 2021. Es folgte der Entwurf einer neuen Düngeverordnung, der die Landwirte wieder auf die Straße getrieben hat, wieder in weitestgehend friedlichen Protesten. Der Entwurf der neuen Düngeverordnung sah u. a. vor, in bestimmten Gebieten eine 20-prozentige Unterdüngung festzulegen, die starke Qualitätseinbußen u. a. in der Weizenproduktion nach sich ziehen würde.

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie hatte es zunächst den Anschein, dass sich in der allgemeinen Wahrnehmung gegenüber der heimischen Landwirtschaft ein Wandel einstellen würde. Landwirtschaft wurde als „systemrelevant“ eingestuft, und jedermann war dankbar, dass auch in Krisenzeiten die Regal der Supermärkte stets mit deutschen Qualitätsprodukten gefüllt waren. Doch der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) bereitete das nächste Preisdumping vor, sodass die Landwirte sich schlussendlich zum Jahresende 2020 dazu gezwungen sahen, mehrere Verteilungszentren großer Supermarktketten tagelang zu blockieren. Der LEH lenkte letztendlich ein und gestand den Landwirten eine faire Zusammenarbeit und Zugeständnisse zu. Nur wenige Wochen später wurde allen Zugeständnissen zum Trotz der Einkaufspreis für deutsche Eigenmarken-Butter vom LEH um 56 Cent/kg gesenkt.

In den letzten dreißig Jahren wurden viele der ehemals bekannten Lebensmitteleinzelhändler von Wettbewerbern übernommen; Händler wie beispielsweise Allkauf, Deutscher Supermarkt, Leibbrand, Massa, Scharper, Stüssgen und Wertkauf verließen den Markt. Während es im Jahr 1999 mit den Unternehmen EDEKA, Rewe, Schwarz Gruppe, Aldi, Metro, Tengelmann, Wal Mart und Spar noch acht große Handelsketten gab, die gemeinsam mehr als 70 % der Umsätze im Lebensmitteleinzelhandel in Deutschland auf sich vereinten, hat sich diese Gruppe nach der Übernahme von Spar durch die Edeka, dem Ausscheiden von Wal Mart aus dem deutschen Markt und der Übernahme eines wesentlichen Teils der Plus-Märkte durch die Edeka sowie des Erwerbs eines Teilnetzes von Kaisers Tengelmann durch Tengelmann und Rewe deutlich verkleinert, während sich ihr gemeinsamer Anteil an den Gesamtumsätzen auf dem deutschen Markt auf mehr als 85 % vergrößert hat. Das Bundeskartellamt kommt zu dem Schluss, dass die Unternehmen der Spitzengruppe weitestgehend in der Lage sind, ihre starke Machtposition in den Verhandlungen mit der Lebensmittelindustrie zu ihrem Vorteil zu nutzen, wodurch die Verhandlungsmacht der Händler gegenüber den kleineren Wettbewerbern und Produzenten des LEH gestärkt werde und einen strukturellen Vorteil darstelle. In diesen Märkten, in denen die Anbieterstruktur so stark konzentriert ist, verbleiben keine oder kaum Spielräume für einen Lieferantenwechsel, stellt das Bundeskartellamt fest.

Diese Chronologie macht deutlich, unter welchem Druck die deutschen Landwirte stehen. Sie produzieren beste Lebensmittel mit höchsten Umweltstandards, müssen aber mit Importen aus dem Ausland konkurrieren, die nicht zu dem hohen Standard produziert worden sind. Auch in Europa ist festzustellen, dass es ein Wettbewerb zu unterschiedlichen Bedingungen ist. Aufgabe der Agrarpolitik ist es, an der Seite der Landwirte stehen, sie zu unterstützen und ihnen Planungssicherheit zu geben und wettbewerbsverzerrende Beschränkungen zu vermeiden. Die Landwirte brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, damit die wertvolle Lebensmittelproduktion in Deutschland und insbesondere in Niedersachsen eine Zukunft hat.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer